

Die Produktion und der Handel mit Waffen dienen der Gewalt – und widersprechen der Bekämpfung und Prävention von Gewalt gegen Frauen, Männer und Kinder.

Bei Waffenexporten denken wir als erstes an den Irak, an Afghanistan, Israel, die Türkei, Saudi-Arabien und andere Länder, die in Kriege verwickelt sind oder wo staatlicherseits schwere Menschenrechtsverletzungen begangen werden.

In Kriegssituationen sind Frauen erhöhter sexualisierter Gewalt und frauenspezifischen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Immer wieder werden Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten unter vorgehaltener Waffe vergewaltigt – z.B. in Ruanda, Kroatien und Bosnien.

Doch die massive Verbreitung von Waffen heizt Gewalt nicht nur in offenen Kriegen und in repressiven Systemen an, sondern auch in Nachkriegssituationen und zwischen Zivilpersonen. Nach dem Ende eines Krieges verschwinden seine brutalen Züge nicht spurlos. Zurückkehrende Kämpfer, oftmals traumatisiert und zu Brutalität erzogen, bringen die Gewalt in die Familie. Tragen diese Soldaten oder Kämpfer zusätzlich noch ihre Waffen mit sich, steigt die Gefahr für Frauen. So sterben z.B. in Guatemala, das in den 80er-Jahren mit Schweizer Waffen beliefert wurde, heute, zehn Jahre nach dem sog. Friedensschluss, mehr Menschen als während den schlimmsten Zeiten des Krieges.

Die Verfügbarkeit von Waffen lässt Konflikte eskalieren, gerade auch "private" oder sog. "häusliche" Konflikte. Jährlich sterben eine halbe Million Menschen durch Feuerwaffen, das ist im Durchschnitt eine Person pro Minute. Rund 650 Mio. Kleinwaffen kursieren legal oder illegal auf der Welt, 60% davon befinden sich in Händen von Privatpersonen, in ihrer Mehrheit Männer. Angeschafft unter dem Motto „sich und die Seinen zu verteidigen“, werden Waffen in Privathaushalten oft zu tödlichen Spiel- oder Werkzeugen. Frauen und Mädchen leiden direkt und indirekt durch bewaffnete Gewalt: In Südafrika z.B. wird alle sechs Stunden eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner erschossen. Ist eine Waffe im Haus, erhöht sich in den USA für alle Menschen das Risiko, durch eine Waffe umzukommen, um 41 Prozent – für die Frauen allein aber um 272 Prozent. In Frankreich und Südafrika werden ein Drittel, in den USA zwei Drittel aller vom Ehemann getöteten Frauen erschossen.

Waffenexporte in Konfliktgebiete oder in Länder des Südens widersprechen den friedens-, entwicklungs- und gleichstellungspolitischen Bemühungen der Schweiz. Wenn Konflikte gewaltsam ausgetragen werden, kommen zivile Konfliktbearbeitungsmethoden oft zu spät. Die Gewaltprävention spielt eine zentrale Rolle bei der Förderung ziviler Prozesse, die alle Beteiligten – auch Frauen und Frauenorganisationen – einbeziehen. Der Schutz von Frauen und Mädchen vor allen Formen von Gewalt, wie er in der von der Schweiz ratifizierten UNO-Resolution 1325 gefordert wird, kann aber nicht gewährleistet werden, solange nicht der Verbreitung von Kriegsmaterial und Kleinwaffen ein Riegel geschoben wird. Sich aus **Waffengeschäften zurückzuziehen**, wäre ein wichtiger Schritt der Konfliktprävention. In die **zivile Konfliktbearbeitung** zu investieren, wäre eine konsequente und kohärente Schweizer Friedenspolitik.

Deshalb unterstützt der cfd als feministische Friedens- und Entwicklungsorganisation die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten.

Barbara Müller, 27.6.2006

